



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



Foto: Frank Schnitker

„Faire Bedingungen für ArbeitnehmerInnen!“

Moin!

RÜCKKEHRRECHT MUSS JETZT KOMMEN

Gesetzentwurf liegt auf dem Tisch

Im April hat unser Bundesarbeitsminister Hubertus Heil seinen Gesetzentwurf zur sogenannten Brückenteilzeit vorgelegt. Damit sollen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Recht erhalten, nur für eine begrenzte Zeit in Teilzeit zu arbeiten und danach zur Arbeit in Vollzeit zurückzukehren (Brückenteilzeit).

Bereits jetzt dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Vollzeit in die Teilzeit gehen. Noch fehlt jedoch ein entsprechendes Recht, auch zur Vollzeit zurückzukehren. Für viele droht damit ein Festhängen in der „Teilzeitfalle“. Besonders Frauen sind überproportional betroffen, da sie zur Kindererziehung häufiger im Beruf kürzer treten als Männer.

Die Lösung dieses Problems steht nicht erst seit gestern auf der Agenda der SPD. Den fertigen Gesetzentwurf der damaligen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat die CDU jedoch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder unter fadenscheinigen Vorwänden blockiert. Deswegen ist es auch besonders wichtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag hier durchgesetzt haben.

Leider hat die CDU anscheinend nicht so genau gelesen, was sie in den Koalitionsverhandlungen vereinbart hat – und versucht derzeit, erneut zu blockieren und aufzuweichen. Ich bin mir sicher, dass Hubertus Heil und unsere Arbeits- und Sozialexperten hart verhandeln werden, um diese wichtige Reform durchzusetzen.

Am 1. Mai habe ich zusammen mit der SPD Oldenburg und den Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften den Tag der Arbeit auf dem Rathausmarkt gefeiert. Trotz nassem, teils stürmischem Wetter haben wir uns die Stimmung nicht verderben lassen. Und natürlich kam die Sprache auch auf die nötigen Reformen, um mehr Fairness für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Reformen, von denen die SPD derzeit in der Bundesregierung einige durchboxt. Links erfahrt ihr zum Beispiel mehr zum Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

Im Mai intensiviert sich die Arbeit in Berlin noch einmal, denn die Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2017 (der aufgrund der Bundestagswahl wie schon 2014 nicht wie üblich im Vorjahr beraten wird) beginnen. In meinem Einzelplan, dem Etat des Bundesministeriums für Verteidigung, gibt es dabei im Sinne einer sorgfältigen Haushaltsführung einiges zu besprechen und zu korrigieren. Ich freue mich auf die Gespräche und Beratungen!

Ever D. is

ANTRAG IM PARLAMENT: KEINE STEUERGELDER FÜR NAZIS

NPD von staatlicher Parteienfinanzierung ausschließen

Der Bundestag soll beim Bundesverfassungsgericht den Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung für sechs Jahre beantragen und so verhindern, dass Verfassungsfeinde aus Steuermitteln finanziell gefördert werden. Dazu haben wir gemeinsam mit CDU/CSU und FDP einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Damit nehmen wir Bezug auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 (2 BvB 1/13). Darin hat das Gericht festgestellt, dass die NPD „die freiheitlich demokratische Grundordnung missachtet und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt“. Einzig „aufgrund (derzeit) fehlender Potentialität zur tatsächlichen Umsetzung ihrer Ziele“ hat das Gericht das Verbot der NPD nicht ausgesprochen.

Das höchste deutsche Gericht hat dem Gesetzgeber jedoch die Möglichkeit eröffnet, verfassungsfeindliche Parteien auf anderem Wege zu sanktionieren. Durch Änderung des Grundgesetzes und einer weiteren gesetzlichen Änderung hat die letzte große Koalition im Juli 2017 dementsprechend die Grundlage für den Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung geschaffen.

Auf dieser Basis beantragen wir nun, dass der Bundestag von seiner Möglichkeit Gebrauch macht und einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung für den Zeitraum von sechs Jahren stellt. Der Bundestag schließt

sich damit den gleichlautenden Anträgen des Bundesrates und der Bundesregierung an.

Die NPD ist inzwischen in keinem Landtag mehr vertreten. 2017 erhielt sie noch rund 850.000 Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die u.a. auf Grundlage der Wählerstimmen errechnet wird. Hinzu kommen Steuerprivilegien, die bei einem Ausschluss ebenfalls wegfielen.



GEMEINSAM FÜR WOHNUNGSBAU

SPD-Fraktionsvorsitzende formulieren Forderungen

Im April haben sich die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktionen in den Ländern, im Bund und im EU-Parlament in Wiesbaden zu einer zweitägigen Konferenz getroffen. Schwerpunktthema war die Wohnungsbaupolitik in Bund und Ländern.

Trotz der Anstrengungen der letzten Jahre werden Wohnungen und Wohneigentum immer teurer, auch in Oldenburg und im Ammerland. Deswegen ist es richtig, dass der gemeinsame Beschluss der Konferenz bezahlbaren Wohnraum „die soziale Frage unserer Zeit“ nennt.

Andrea Nahles und Thorsten Schäfer-Gümbel machten deutlich, dass im Koalitionsvertrag von SPD und Union eine große Wohnoffensive vereinbart

worden ist. Dabei geht es sowohl um mehr bezahlbaren Wohnraum, als auch um die Erhöhung des Wohngeldes und die Umlagebegrenzung bei Modernisierungen. Dafür ist laut Beschluss eine verzahnte Bau- und Wohnungsmarktpolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene notwendig.

Der Beschluss fordert Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) auf, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zum bezahlbaren Wohnraum schnell anzugehen.

Wörtlich heißt es dazu im Beschluss: „Wir wollen, dass 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen und investieren dazu mindestens 2 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau. Da, wo öffentliches Grundeigentum verkauft wird, wollen wir eine Vergabe nach bestem Konzept und nicht nach höchstem Preis.“



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de



04. April – Mit Hanna Naber MdL habe ich die Oldenburger Startup-Szene kennengelernt, hier beim Softwareentwickler ID-Impuls.



06. April – Auf meine Einladung hin hat Landesumweltminister Olaf Lies die Sturmschäden im Jeddeloher Busch begutachtet.



08. April – Gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein um den Vorsitzenden Kai Wünker (1. v.l.) habe ich die Gewerbeschau in Wiefelstede besucht.



09. April – Besuch bei Werkstattfilm Oldenburg e.V. und Gespräch mit dem Vorsitzenden des Vereins, Farschid Ali Zahedi.



19. April – Teilnahme am Parlamentarischen Frühstück der AWO im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages.



19. April – Im Bundestag habe ich eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Robert-Danne-mann-Schule in Westerstede begrüßt.



28. April– Bei der Ehrung für SPD-Jubilar Alfred Nehring mit Bundesminister a.D. Franz Müntefering und Hanna Naber MdL in Eversten.



30. April - Besuch beim Oldenburger Software-Entwickler Erminas GmbH u.a. mit den örtlichen Landtagsabgeordneten. Foto: Sandra Schink.

NEUE VORSITZENDE

Nicole Piechotta steht SPD-Unterbezirk Oldenburg vor

Am 21. April hat die SPD Oldenburg-Stadt ihren Unterbezirksparteitag abgehalten. Dazu gehörte auch die Wahl der oder des Vorsitzenden. Nachdem Ulf Prange aufgrund seiner Wahl zum Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion nicht erneut angetreten ist, hat der Parteitag Ratsfrau Nicole Piechotta ohne Gegenkandidatin zur Unterbezirksvorsitzenden gewählt. Ich kenne Nicole gut aus der gemeinsamen politischen Arbeit und bin mir sicher, dass sie diese Rolle gut ausfüllen wird.

Ulf stand der SPD in Oldenburg seit 2014 vor. Eine Zeit, in der mehrere Wahlkämpfe erfolgreich bestritten wurden. Unter anderem ist es gelungen, das Amt des Oberbürger-

meisters zurückzuerobern und die Direktmandate bei der Bundes- und der Landtagswahl zu verteidigen. Diese Erfolge haben wir auch Ulf's Energie als Vorsitzendem zu verdanken.

Begrüßt wurde der Parteitag von unserem Landesumweltminister Olaf Lies, der den Bogen zwischen sozialdemokratischer Politik auf Stadt- und Landesebene schlug.



BESUCH DER SPORTPLÄTZE IM WAHLKREIS

Sportstättenförderung ist Thema

Im April habe ich mich bei Besuchen vor Ort und in Gesprächen mit den Ehrenamtlichen über den Zustand der Sportplätze in unserer Region informiert. Denn zahlreiche Sportvereine bemühen sich derzeit um Förderung für ihre Sportstätten. Dabei steht besonders der Wunsch im Mittelpunkt, pflegeintensiven Naturrasen durch Kunstrasen zu ergänzen.

In den vergangenen Jahren hat der Bund über das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ die Renovierung oder den Ersatz zahlreicher Sportstätten gefördert. Bei uns

hat hiervon Metjendorf profitieren können, wo dank der Bundesförderung eine neue Turnhalle entsteht.

Für mich ist klar: Sport ist ein wichtiger Bestandteil des Miteinanders in unserer Heimat. Ich hoffe, dass dieses Jahr ein neues Förderprogramm aufgelegt werden kann.



PROGRAMMHINWEIS

Bundestagsabgeordnete im Lokalfernsehen bei oeins

Demokratie lebt davon, dass man miteinander spricht und öffentlich diskutiert. Deswegen freue ich mich darüber, dass der Oldenburger Lokalsender oeins in seiner Sendereihe „Forum Politik“ genau das möglich macht.

Anfang Mai war ich mit meinen örtlichen BundestagskollegInnen Stephan Albani (CDU) und Amira Mohamed Ali (Linke) zu Besuch im Studio von oeins. Diskutiert haben wir dabei über die politischen Themen der letzten Zeit, etwa die Koalitionsverhandlungen und die große Koalition. Aber auch über das, was ansteht, was wichtig ist und was wir im Deutschen Bundestag vorhaben.

Auf die einstündige Sendung, die ursprünglich am Freitag, den 04. Mai ausgestrahlt wurde, könnt ihr in der Mediathek von oeins zugreifen (www.oeins.de/mediathek, Rubrik „Forum Politik“).

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800

Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01

Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennisrohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde